

europäischen Kontinent kann ich jetzt meine Gemeinden dreimal statt einmal im Jahr besuchen . . .

Heute weiß der kranke, alte Priester, daß ihn am Lebensabend nicht das Gespenst des Hungers und der Not erwartet, denn Glaubensgenossen eines ganz anderen Volkes haben mitgeholfen, daß für ihn und die anderen arbeitsunfähigen Diener Gottes gesorgt wird.

Heute weiß der Bischof, daß er einen jungen Mann, der Priester werden will, aus Geldmangel nicht mehr abweisen muß: Gläubige aus fernen Diözesen haben für ihn die Patenschaft übernommen . . .

Ihr habt allen, denen durch euer „Adveniat“-Opfer geholfen werden konnte, nicht nur materiell etwas gegeben: Der Priester am Amazonas, der Missionar in den Anden, der kranke Pater, der ratlose Bischof — sie alle erleben in eurer Gabe ein Zeichen des Glaubens. Sie erfahren aus ihr, daß die Kirche lebt, über alle Meere und Kontinente, tausende Kilometer weit, ohne Grenzen. Liebe Diözesanen, wahrhaftig eine Tat, ein Zeichen dafür, daß wir „durch die Taufe in einem Geist zu einem Leib geworden sind“, wie es der heilige Paulus schon gepredigt hat (1 Kor. 12, 13).

Ihr habt aber nicht nur gegeben, ihr seid euch auch neu bewußt geworden, daß ihr selbst vorher empfangen habt: die Gnade des Glaubens an Christus. Dafür, für dieses Geschenk des Heiles, gebt ihr als materielle Gegengabe — wie einst die ersten Christen für ihre Mutterkirche in Jerusalem — eure Kollekte für die Kirche in Lateinamerika, für die Zukunft der Kirche!

Liebe Brüder und Schwestern! So bitten wir euch auch in diesem Jahr wieder: Seid großherzig! Die riesigen Probleme in Lateinamerika kennt ihr:

die Not der Priester,
den Mangel an ausgebildeten Laien,

die Sorge, daß die Studenten, die führenden Leute von morgen, gottlosen Ideologien anheimfallen, die erschreckenden Weiten des Landes; darum muß der Jeep den Maulesel, das Motorboot das Kanu, der Kapellenwagen den Tragaltar ablösen.

Zu alledem kommt noch eine entscheidende Aufgabe: wie der Fisch gesundes Wasser braucht, so braucht der Christ eine Umwelt, in der er als Mensch und Christ leben kann.

Wir Bischöfe wissen, daß wir gerade dafür bei euch volles Verständnis finden. Ihr kennt den Einfluß der Presse, des Films, des Rundfunks, des Fernsehens. Die Kirche Lateinamerikas, die zu arm ist, um ihren Priestern das Lebensminimum zu sichern, Katechisten in nötiger Anzahl auszubilden und zu besolden, mußte hilflos zusehen, wie widerchristlicher, ja widermenschlicher Geist die öffentliche Meinung immer stärker beherrschte. Wenn St. Paulus vom „Herrscher der Lüfte“ als dem Widersacher gesprochen hat, so verstehen wir heute im Zeitalter des Rundfunks und Fernsehens nur zu gut, was auch damit gemeint sein kann.

Darum soll in Zukunft Euer „Adveniat“-Opfer auch helfen, daß in Lateinamerika über Presse und Rundfunk die Botschaft des Heiles in zeitgemäßer Form verkündet wird. Alle Menschen sollen dadurch erfahren, wie gut und gerecht die Welt aussehen kann, wenn sie Christus nachfolgt.

Liebe Brüder und Schwestern! Bei eurer Tat der Liebe seid euch bewußt, daß ihr zum Volk Gottes gehört, das in allen Völkern und Nationen der Erde lebt und seine Sendung zu erfüllen hat. Seid euch bewußt, daß keiner von uns zu Christus kommen kann, außer über seinen Bruder. Dann aber wirkt ihr mit, daß wahr wird, was im gemeinsamen Glauben wir alle erbitten: Herr, dein Reich komme zu uns — Adveniat regnum tuum!

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Der Bürgerkrieg im Jemen

Seit dem republikanischen Staatsstreich im September 1962 herrscht im Jemen ein fast ununterbrochener Bürgerkrieg zwischen den Anhängern der republikanischen Regierung bzw. den im Lande stehenden ägyptischen Truppen und den Anhängern des gestürzten Imams Mohammed el-Badr. Dieser Konflikt scheint zwar lokalisiert zu sein, da sich keine der Großmächte unmittelbar daran beteiligt, er birgt jedoch wie jeder bewaffnete Konflikt immer die Möglichkeit einer Ausweitung in sich. So ist der Jemen heute zweifellos einer von den vielen Gefahrenherden im Nahen Osten.

Die Ursachen des Staatsstreiches von 1962

Die Ursachen für den Staatsstreich von 1962, bei dem das Regime des Imams gestürzt wurde, waren die mittelalterliche Staatsform des Imamats, die latenten Spannungen zwischen zwei Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen religiösen Bekenntnissen, die persönlichen Ambitionen einiger Politiker und Offiziere und schließlich die Einmischung Ägyptens.

Die Regierungsform des Imamats geht auf eine Spaltung innerhalb der schiitischen Sekte im 9. Jahrhundert zurück, die zur Entstehung eines saiditischen Zweiges (nach Said Ibn Ali, einem Urenkel Mohammeds) führte. In Jahr-

hunderte währenden Kämpfen — Kämpfen, die eigentlich auch heute noch nicht abgeschlossen sind — gelang es den Saiditen, im Jemen ein eigenes Staatswesen zu schaffen. Im Unterschied zu den übrigen Schiiten werden die Saiditen von einem „sichtbaren Imam“ geleitet, der ihr religiöses und weltliches Oberhaupt ist. Während der türkischen Besetzung des Jemens (zuletzt 1872 bis 1918) war die Macht der Imame zwar auf die Ausübung ihrer religiösen Funktionen beschränkt, doch bald nach dem Abzug der Türken konnten sie ihre alte Macht wieder aufrichten und sogar noch erweitern.

Die Imame werden unter den Nachkommen des Propheten gewählt, wobei faktisch nur einige Familien in Frage kommen und sich die mächtigsten Persönlichkeiten jeweils durchsetzen. Kraft seiner Abstammung besitzt der Imam auch charismatische Fähigkeiten. Die Imame regieren nach dem muslimischen Religionsgesetz. Ähnlich wie in Saudi-Arabien waren bis zur Revolution Koran und Überlieferung nach der Auslegung der Gelehrten die einzige Quelle des Rechts. Die Herrschaft über die einzelnen Stämme und Familien wurde durch ein Geiselsystem gewährleistet, bei dem jeder Stammeshäuptling einen meist minderjährigen Sohn als Geisel stellt.

Innerhalb des jemenitischen Staatsgebietes gibt es eine nicht zu bestimmende Zahl von orthodoxen Muslimen schafiitischer Richtung, deren Anteil an der auf 3—6 Mil-

lionen Seelen geschätzten Einwohnerzahl des Landes man mit 50—60 Prozent beziffert. Diese Schafiten unterstanden dem Imam allein als dem Landesherrscher; der Imam hatte keinerlei religiöse Jurisdiktion über sie. Sie waren in ihrer Religionsausübung zwar ungehindert, in der Praxis jedoch Bürger zweiter Klasse, da sie nicht zu den höheren Staatsämtern zugelassen wurden. So blieb der politische Einfluß der Schafiten sehr gering. Die Bevölkerung verteilt sich im Lande etwa so, daß die Schafiten vorwiegend die Küstenebene im Süden bevölkern und die saiditischen Stämme im nördlichen Bergland siedeln.

Die Herrschaft der Imame war uneingeschränkt. Noch der letzte Imam, Achmed, der 1948 zur Regierung gelangte, pflegte sämtliche Regierungsgeschäfte allein zu besorgen. Es gab zwar nominell eine Regierung und auch Minister, doch allein der Außenminister verfügte über ein Ministerium. Die Amtsbefugnisse dieses Ministers reichten jedoch nicht aus, eigenmächtig ein Einreisevisum zu erteilen.

Dem Imam Achmed war es noch gelungen, fast jeglichen fremden Einfluß von der Bevölkerung fernzuhalten, so daß sein persönliches Regime nur wenig durch importierte modernistische Ideen gefährdet war. Soziale Spannungen waren in diesem mittelalterlichen Land fast unbekannt. Ca. 90 Prozent der Bevölkerung leben vom Ackerbau oder sind viehzüchtende Nomaden. Ca. 50 bis 60 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind Kleinbauern. Es gibt relativ wenige Großgrundbesitzer. Diese verpachten ihren Grund in Parzellen bei einem Pachtzins von 30 bis 40 Prozent des Ertrages. Die Anbaumethoden sind primitiv, selbst einfache landwirtschaftliche Maschinen werden bisher nur wenig verwendet. Es gibt bis heute faktisch keine Industrie, und durch die Auswanderung der jüdischen Minderheit nach Israel ging auch der Handwerkerstand erheblich zurück.

Der Mangel an bebaubarem Boden, der nur durch Bewässerungsanlagen vermehrt werden könnte, führte zu einer starken Emigrationsbewegung unter den Jemeniten, da die industriellen Städte die überschüssige Landbevölkerung nicht aufnehmen konnten. Die Zahl der emigrierten Jemeniten ist zwar nicht bekannt, wird aber auf ca. 500 000 geschätzt. Ein Schwerpunkt der jemenitischen Diaspora, die sich fast über die ganze Welt erstreckt, ist die britische Kronkolonie Aden, wo sich eine starke jemenitisch-südarabische Gewerkschaftsbewegung entwickelte — eine Institution, die im Jemen selbst unsinnig wäre. Seit etwa 30 Jahren studiert auch eine allerdings geringe Zahl von Jemeniten an ausländischen Hochschulen, und einige der Offiziere der jemenitischen Armee wurden im Ausland ausgebildet.

In diesen Kreisen der Auslandsjemeniten und unter jenen, die aus dem Ausland in die Heimat zurückkehrten, entstand eine liberale Opposition gegen das Regime des Imams. In Aden bildete sich eine Oppositionsgruppe, die sogenannten „freien Jemeniten“, die ohne bestimmtes politisches Programm politische und wirtschaftliche Reformen im Jemen erstrebte. Ein weiteres, offenbar etwas radikaleres Zentrum der freien Jemeniten befand sich in Ägypten und diente Nasser als gelegentliches, aber nicht immer sehr wirkungsvolles Druckmittel gegen den Imam, wenn es die jeweiligen politischen Verhältnisse erforderten. So verband sich im Lande selbst die zum Teil persönliche Opposition gegen den Imam mit Reformbestrebungen auch dann, wenn das Ziel einer solchen Opposition nur der Wunsch war, die gerade herrschende Person zu

beseitigen. Es gab sogar einige Versuche der Zusammenarbeit zwischen Reformern und dem Imam, wobei dem Imam zu unterstellen ist, daß er sich der Reformen bedienen wollte, um ernsthaftere Reformen zu verhindern. Dies ist zweifellos ein typischer Zug in der jemenitischen Politik gewesen. Schon der Imam Achmed hatte so mit einigem Erfolg operiert. Trotz erheblicher Geschenke und bester Beziehungen ist es den Italienern in den Jahren 1936 bis 1938 nicht gelungen, im Jemen irgendeinen Einfluß zu gewinnen. Der Beitritt des Jemens zu den „Vereinigten Arabischen Staaten“ sollte allein dazu dienen, den ägyptischen Einfluß auf ein Minimum zurückzuführen.

Der Staatsstreich von 1962

Eine liberale Opposition gab es aber auch in der Familie des Imams selber. Der erste „progressistische Versuch“, die Verhältnisse im Jemen gewaltsam zu ändern, ging 1948 von Ibrahim, dem Bruder des herrschenden Imam Jachja, aus, der seinen Bruder ermorden ließ. Ibrahim wurde damals von dem gegenwärtigen Imam Mohammed el-Badr, dem Sohn Achmeds, unterstützt, welcher in der Familie Jachja zweifellos der „Fortschrittlichste“ war. Damals gelang es jedoch einem anderen Sohn, Achmed, die Macht an sich zu reißen. Er beseitigte seinen Bruder Ibrahim, söhnte sich aber mit seinem ältesten Sohn Mohammed el-Badr aus, den er dann zu seinem Thronfolger designierte und gegen das geltende Recht schon bei seinen eigenen Lebzeiten von den muslimischen Rechtsgelehrten bestätigen ließ. (Dieser Versuch, eine Erbmonarchie einzuführen, hat den Fall des Imamats vermutlich beschleunigt.) Ein weiterer Versuch, die Verhältnisse zu ändern, wurde 1955 unternommen, als Abdullah seinen Bruder Achmed als einen „Bedrucker des Volkes“ absetzte und zwei Tage lang als Imam regierte. Abdullah wurde dann zusammen mit seinem Bruder Abbas in der Hauptstadt Sanaa öffentlich enthauptet. Während sich der Imam Achmed 1961 zu einer medizinischen Behandlung in Rom aufhielt, soll es in Sanaa und Hodeida zu Unruhen gekommen sein, die aber, sofern sie überhaupt ein ernsthaftes Ausmaß angenommen haben, sehr bald niedergeschlagen wurden.

Ein radikaler Wechsel der Verhältnisse kündigte sich mit dem Tode Achmeds im September 1962 an. Achmed hatte sich während der letzten Jahre seiner Herrschaft mit Nasser verfeindet, was zum Austritt des Jemen aus den fiktiven „Vereinigten Arabischen Staaten“ führte. Sein Sohn Mohammed el-Badr galt als liberal und bis dahin auch als nasserfreundlich. Er wurde gerade von den jüngeren Progressisten unterstützt und hatte sich auf Reisen, die ihn auch in die Sowjetunion und nach China führten, ein gewisses Bild von den Verhältnissen in der Welt machen können. Bei seiner Thronbesteigung versprach er, die Möglichkeiten der Einführung eines konstitutionellen Regimes zu prüfen. Er versicherte aber zugleich, „die weise Politik seines Vaters“ fortzuführen („Neue Zürcher Zeitung“, 10. 10. 62), was bedeuten mochte, daß es bei der Prüfung aller Neuerungen bleiben würde. Mit dieser zweideutigen Erklärung hat sich el-Badr vermutlich die Feindschaft Nassers zugezogen. Zugleich aber fand el-Badr nicht mehr die Unterstützung der Stämme, welche ein konservatives Regime vorzogen. Diese unterstützten vielmehr einen Bruder des verstorbenen Imams, Hassan, den Vertreter des Jemen bei den Vereinten Nationen in New York („Neue Zürcher Zeitung“, 29. 9. 62), der — wäre

es nicht zum Staatsstreich gekommen — wohl früher oder später die Herrschaft an sich gerissen hätte.

Die Herrschaft Mohammed el-Badrs währte jedoch nur wenige Tage. Angeblich hat der spätere Anführer der Revolte, der Oberst Abdullah as-Sallal, den Imam vor einem bevorstehenden Staatsstreich Hassans gewarnt und es damit so weit gebracht, daß er zum Oberkommandierenden ernannt wurde („New York Times“, 14. 12. 62). as-Sallal nahm die Gelegenheit wahr und stürzte im Verein mit einigen Offizieren das Regime des Imams. Die neugebildete Revolutionsregierung verkündete alsbald, der Imam sei unter den Trümmern des Palastes begraben — später ergab sich, daß es dort keine Trümmer gab —, er sei hingerichtet und schließlich auf der Flucht erschossen worden. In Wirklichkeit war es dem Imam jedoch gelungen, nach Saudi-Arabien zu fliehen, von wo er mit Hilfe der jordanischen und saudiarabischen Regierung die Verbindung zu den saiditischen Stämmen aufnahm. Sein Onkel Hassan, der nach dem Staatsstreich und dem vermuteten Tod des Imams das Imamats beanspruchte, begab sich gleichfalls nach Saudi-Arabien, verzichtete aber wenigstens für die Dauer des Krieges zugunsten el-Badrs und gab sich mit dem Posten eines Regierungschefs zufrieden.

Die Republik

Allem Anschein nach war die Revolution im Jemen nichts anderes als einer jener Gelegenheitsstaatsstrieche, die für die Geschichte der arabischen Staaten so typisch sind. Über as-Sallals Beziehungen zu den freien Jemeniten ist wenig bekannt. Er soll seine Ausbildung im Irak erhalten haben. Wegen seiner Beteiligung an der Revolte gegen den Imam Jachja soll er von 1948 bis 1955 in Haft gewesen sein, blieb aber während der Unruhen von 1961 als Gouverneur von Hodeida dem Imam treu. Auch die meisten der anderen Offiziere, die sich an dem Staatsstreich beteiligten, waren zwischen 1948 und 1955 inhaftiert gewesen. Soweit sie über die Machtergreifung hinaus politische Ziele haben, dürften sich diese auf die Abschaffung des Imamats beschränkt haben. Die Gruppe der freien Jemeniten wurde im Revolutionsrat vor allem von einem Gewerkschaftler aus Aden, Muxsen Achmed al Aini, und von Dr. Baidani vertreten, der erst Vizepräsident war, dann aber trotz seiner Sympathien für Nasser nach Ägypten exiliert wurde. Bestimmte weltanschauliche Ausrichtungen darf man im Jemen wohl ohnehin nicht erwarten (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 72). as-Sallal ist von Haus kein Sozialist, auch nicht im Sinne Nassers. Seine gelegentlich gezeigte Neigung zu den syrischen Baathisten ist eher ein politisches Manöver gewesen. Die für fünf Jahre gültige provisorische Konstitution der jemenitischen Republik vom 31. Oktober 1962 mußte, da Staatsgesetz und Verfassung bis dahin das muslimische Religionsgesetz waren, auf die religiösen Verhältnisse im Lande Rücksicht nehmen. Als erstes Ziel der Revolution wurde die „Rückkehr zur wahren Legalität des Islams“ verkündet, welche die Imame verletzt hätten; das zweite Ziel ist die Gleichstellung aller Jemeniten vor dem Recht („Neue Zürcher Zeitung“, 6. 11. 62). Die Verfassung zielt zweifellos darauf ab, das Saiditentum, besonders aber die Vorrechte der Familie des Propheten abzuschaffen und somit das staatsrechtliche Fundament des Imamats zu zerstören und der Revolutionsregierung die Sympathien der schafitischen Bevölkerung zu sichern.

Die Revolution wäre unter gewöhnlichen Voraussetzungen spätestens innerhalb weniger Wochen zusammengebro-

chen. Fürs erste gab es eigentlich keine Macht, auf die sich das Revolutionskomitee hätte stützen können. Die sogenannte jemenitische Armee, deren Soldatenzahl man auf 15 000 — 20 000 schätzte, ist in Wirklichkeit niemals ein Machtfaktor gewesen, denn der Imam Achmed hatte sehr wohl gewußt, daß eine große und schlagkräftige Armee nicht nur Geld kostet, sondern auch gefährlich ist. Er hatte zwar eine Anzahl von Offizieren im Ausland ausbilden lassen und hatte auch, wenn auch eher aus Repräsentationsgründen, einige moderne Waffen angeschafft, stützte sich aber allein auf die Macht der ihm ergebenen Stämme. Die Republik Jemen existierte so für den Moment in einem Machtvakuum und wurde vermutlich nur durch eine Gruppe von Offizieren und Soldaten dargestellt. Die schafitische Bevölkerung war bis dahin wenigstens passiv geblieben. Nachdem sich einmal herausgestellt hatte, daß der Imam die Revolution überlebt hatte und selbst sein Onkel ihn unterstützen würde, blieb der Revolutionsregierung nur noch der Ausweg, an Nasser zu appellieren. Dabei ist wohl nicht auszuschließen, daß as-Sallal sich schon vorher der Hilfe Ägyptens versichert hatte. Nasser, dessen Prestige durch die Sezession Syriens gelitten hatte und der dringend eines Sieges bedurfte, entsandte alsbald Truppen nach dem Jemen; Anfang Oktober wurde ein Verteidigungsabkommen abgeschlossen und Ende Oktober 1962 der Marschall Amer nach Sanaa entsandt, um die militärischen Operationen selber zu leiten. Der Jemen wurde auf diese Weise faktisch ein ägyptisches Protektorat, wenn nicht eine ägyptische Kolonie. Dennoch wurde dieses Regime von den Vereinigten Staaten von Amerika anerkannt — wenn auch unter der Voraussetzung, daß die ägyptischen Truppen alsbald das Land verlassen würden —, nicht zuletzt in der Hoffnung, daß diese Anerkennung die Verhältnisse stabilisieren würde (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 577 f.).

Im Laufe des Jahres 1963 kam es zu verschiedenen Spaltungen und Regierungsänderungen bei den Republikanern. Die Unsicherheit des Regimes und die ägyptische Bevormundung haben auf der einen Seite manchen Republikaner dazu veranlaßt, ganz auf die ägyptische Karte zu setzen, auf der anderen Seite aber finden sich heute immer mehr Republikaner, die eine Verständigung mit dem Imam suchen — was zu gelegentlichen öffentlichen Hinrichtungen in Sanaa führt. Die jüngste Phase in der staatlichen Entwicklung ist ein Verfassungsdekret vom 8. Januar 1964, durch welches as-Sallal, nunmehr Marschall, ein Präsidialsystem einführte („Neue Zürcher Zeitung“, 10. 1. 64). Ob diese Weise der Regierung und Verwaltung sehr viel mehr darstellt als die Regierung des Imams, ist immerhin zweifelhaft. Versuche auf parlamentarischem Gebiet scheinen fehlgeschlagen zu sein. An Wahlen ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu denken. Die Einberufung beratender Versammlungen von Stammeshäuptern scheiterte nicht zuletzt daran, daß die Stammeshäupter diesen Versammlungen fernblieben. Modernisierungsversuche sind über einige elementare Einrichtungen, wie etwa die Gründung einer Bank und den Ausbau einiger Straßen und Flugplätze mit chinesischer, russischer und amerikanischer Hilfe, kaum hinausgekommen. Von Sozialisierungen wurde wohl deshalb abgesehen, weil es kaum etwas zu sozialisieren gibt.

as-Sallal drang zwar immer wieder auf eine Union mit Ägypten, ohne jedoch bei den Ägyptern Anklang zu finden. Anlässlich des letzten Besuches Nassers im Jemen wurde am 28. April 1964 ein Koordinationskomitee ge-

bildet, dem Nasser selbst vorsteht, und die Union bis zur Wiedergewinnung der Südgebiete (siehe unten) aufgeschoben. In Wirklichkeit will Ägypten nicht noch weitere wirtschaftliche Lasten und militärische Verantwortung im Jemen übernehmen.

Die Beziehungen zu den Ostblockstaaten werden wohl faktisch von Ägypten geregelt (sie bestanden bereits in der Zeit des Imams). Zur Zeit sollen ca. 1000 sowjetische Techniker im Lande sein. Diese Zahl erklärt sich von daher, daß ein großer Teil dieser Techniker das ägyptische Kriegsmaterial betreuen muß. Eine direkte Teilnahme der Russen am Bürgerkrieg ist bis heute nicht erwiesen.

Das royalistische Jemen und der Bürgerkrieg

Der Bürgerkrieg im Jemen entspricht nun keineswegs jenem Bild, das man sich gemeinhin zu machen pflegt, nämlich daß hier auf der einen Seite ein überfälliges mittelalterliches Regime gestürzt wurde, welches nur noch dank der Intervention eines ähnlichen Regimes in Saudi-Arabien einen im Grunde doch aussichtslosen Krieg gegen die Mächte der neuen Zeit führt. Sogar Hassan und ganz zweifellos el-Badr hätten, wenn auch nur langsam, jene Reformen durchgeführt, die nicht mehr aufzuschieben waren. Die Kräfte und Gruppen, die heute auf der royalistischen Seite stehen — vielleicht müßte man sogar von einer „theokratischen“ Seite sprechen —, sind in ihrer Zielsetzung keineswegs einheitlich und gleichgesinnt. Erst durch die Intervention Ägyptens ist der Bürgerkrieg vor allem anderen zu einem Krieg gegen fremde Eindringlinge geworden. Nicht zuletzt ist dies aber auch ein Kampf um die Bewahrung bestimmter religiöser Lebensformen. Obgleich selbst die schafitische Bevölkerung nicht sehr aktiv an diesem Bürgerkrieg teilnimmt, ist dies doch auch ein Krieg um die Vorrangstellung der saiditischen Stämme.

Der größte Teil der saiditischen Stämme hat sich dem Imam unterworfen, so daß dieser heute faktisch das ganze Gebirgsland im Norden mit Ausnahme der großen Städte beherrscht. Die Hauptstadt Sanaa ist mit der Küste nur noch durch eine mühsam offengehaltene Straße verbunden. Die Situation könnte sich noch weiter zugunsten des Imams ändern, wenn dessen Anhänger neueres Kriegsmaterial erhalten. Nachdem sich die jordanische Regierung — wie es scheint auf amerikanische Intervention hin — aus dem Jemenkonflikt zurückgezogen hat, dürfte nur noch Saudi-Arabien, wo man die Nachbarschaft eines republikanischen Regimes fürchtet, den Imam unmittelbar unterstützen. Es heißt jedoch, daß im Jemen selber keine Saudiaraber kämpfen. Sicherlich befinden sich aber die Nachschubbasen jenseits der saudischen Grenzen.

Für Ägypten wurde der Bürgerkrieg zu einem gefährlichen und kostspieligen Abenteuer. Zur Zeit stehen etwa 40 000 ägyptische Soldaten im Jemen. Die Unkosten des Expeditionskorps, welches vier Brigadegruppen umfaßt, sollen sich auf etwa 500 000 Dollar pro Tag belaufen — was etwa der amerikanischen Wirtschaftshilfe entsprechen würde. Von einem Erfolg der ägyptischen Truppen kann keine Rede sein. Durch die faktische Besetzung und die wohl notwendige Bevormundung haben sich die Ägypter bei der Bevölkerung hinreichend mißliebig gemacht. Die rücksichtslose Bombardierung der Dörfer, wobei angeblich auch geächtete Waffen, wie Napalmbomben, verwendet wurden, war kaum geeignet, die Sympathie für Ägypten zu steigern. Zugleich aber verlieren die Ägypter immer mehr an Prestige, da sie offenbar nicht fähig sind, den Bürgerkrieg zu beenden.

Lösungsversuche

Ägypten hatte sich von Anfang an bereit erklärt, seine Truppen aus dem Jemen zurückzuziehen, falls Saudi-Arabien bzw. Jordanien die Waffensendungen an den Imam einstellen würde. Auch Saudi-Arabien erklärte sich bereit, unter dieser Voraussetzung jede Hilfeleistung einzustellen. In Wirklichkeit sollte diese Zusage nur bedeuten, daß Ägypten seine Truppen zurückziehen würde, falls der Imam die Kämpfe einstellen würde oder Ägypten seine Truppen nicht mehr im Jemen unterhalten könnte. Auf Grund eines Beschlusses des Sicherheitsrates ist seit dem Sommer 1963 eine Beobachterkommission der Vereinten Nationen, die von Saudi-Arabien und Ägypten bezahlt wird, damit beauftragt, die Einhaltung dieser Zusicherungen zu „beobachten“. Die Tätigkeit der Kommission ist bisher ohne jeden Erfolg gewesen, da die Ägypter ihre Truppen rotierend erneuern und die Kommission weder die Befugnis noch die Möglichkeit hat, Transporte aus Saudi-Arabien auf ihren Inhalt hin zu kontrollieren. Die dem Scheine nach auch von Ägypten akzeptierte Lösung des Jemenkonfliktes ist im Effekt sinnlos, solange Ägypten nicht den Sturz der Republik hinzunehmen gewillt ist. Auch ohne die Unterstützung Saudi-Arabiens stellen die Stämme auch heute noch den einzigen Machtfaktor dar. Nach zwei Jahren muß nun wohl festgestellt werden, daß die arabische Republik Jemen aus eigenen Kräften nicht existieren kann und nichts anderes als ein ägyptisches Protektorat ist.

Im September 1963 kursierten Gerüchte über eine mögliche Teilung des Jemen in eine schafitische Republik und ein saiditisches Imamats. Fürsprecher dieses Planes ist der schafitische Politiker in Aden Abdurachman al-Baidani („Neue Zürcher Zeitung“, 13. 9. 63). Ein solcher Plan, der bisher von niemandem akzeptiert wurde, hat keinerlei Aussichten auf Erfolg, obgleich er den Verhältnissen gerecht zu werden scheint. Die Ägypter würden ihre teilweise Niederlage wohl nicht eingestehen wollen, die Saiditen wiederum würden bei nächster Gelegenheit versuchen, sich der schafitischen Republik zu bemächtigen.

Weitere Pläne wurden im Januar 1964 auf dem Gipfeltreffen der arabischen Staatsoberhäupter in Kairo erörtert. Demnach sollte aus Anhängern des Imams und aus Republikanern eine Koalitionsregierung gebildet werden, die den Abzug der Ägypter fordern und anschließend ein Plebiszit abhalten könnte. Dieser Plan soll das Einverständnis Saudi-Arabiens und der Vereinigten Staaten von Amerika gefunden haben. Selbst der Imam hat sich angeblich bereit erklärt, auf seine Thronrechte zu verzichten, falls eine Volksbefragung dies als den Willen des Volkes erweise. Aber schon im Juni 1964 mußten die Ägypter eine neue Offensive beginnen, um noch einmal die Anhänger des Imams zu besiegen, offenbar ohne jeden Erfolg. Im August wurde dann die Beobachtung durch die Vereinten Nationen endgültig eingestellt.

Auf der arabischen Gipfelkonferenz im September 1964 kam es zu einer teilweisen Einigung zwischen Prinz Feisal von Saudi-Arabien (der inzwischen seinen Bruder Saud auch als König ablöste) und Nasser. Der genaue Inhalt dieser Vereinbarung wurde bis jetzt geheimgehalten, doch geht aus den Presseinterviews Feisals hervor, daß Saudi-Arabien keine wesentlichen Zugeständnisse machte. Sicher ist, daß sowohl Ägypten als auch Saudi-Arabien sich bereit erklärten, die kämpfenden Parteien im Jemen zu einem Waffenstillstand zu veranlassen, womit die ägyptische Regierung den Imam de

facto als kriegführende Partei anerkannt hat. Delegierte der Republikaner und der Royalisten trafen am 30. Oktober 1964 in der Nähe von Port Sudan zusammen, um eine Einstellung der Kämpfe zu vereinbaren. Angeblich sollen Ägypten und Saudi-Arabien übereingekommen sein, daß im Jemen eine Koalitionsregierung gebildet werde, die ihrer Form nach republikanisch sein würde, an der aber auch die Anhänger des Imams beteiligt werden sollten. Sowohl Saudi-Arabien als auch Ägypten sollten dann ihre Hilfe an die kriegführenden Parteien einstellen. Die Bildung einer Koalitionsregierung kann allerdings nur eine Fiktion sein, denn eine solche setzt ein Staatswesen und politische Strukturen voraus, die es im Jemen auch heute noch nicht gibt.

Die vorgesehene Lösung hätte immerhin den Vorteil, daß sie einen quasi ehrenhaften Abzug der Ägypter ermöglichen würde, da doch auch nach dem Abzug der Ägypter eine republikanische Regierung an der Macht bliebe — wenn vielleicht auch nur für eine sehr kurze Zeit. Es ist jedenfalls naheliegend, daß sich Ägypten aus dem jemenitischen Abenteuer zurückziehen will oder sogar zurückziehen muß, denn die finanziellen Schwierigkeiten Ägyptens sollen in den letzten Wochen einen sehr kritischen Grad erreicht haben. Zudem ist das Regime Arefs im Irak, das mit bemerkenswert geringem propagandistischem Aufwand die Grundlage zu einer neuen Union mit Ägypten legte, so schwach, daß ägyptische Truppen und Polizei zur Stützung dieses Regimes nach dem Irak verlegt werden mußten. Die ägyptischen Verbindlichkeiten im Irak könnten also sehr wohl einen ägyptischen Rückzug aus dem Jemen notwendig machen.

Die Kämpfe im Süden

Fast unabhängig vom Bürgerkrieg im Jemen entstand im Süden an der Grenze zwischen dem Jemen und der „Südarabischen Föderation“ ein neuer Krisenherd. Noch die saiditischen Imame hatten das Gebiet bis zur Südspitze der Arabischen Halbinsel für den Jemen beansprucht. Dieser Anspruch gründete allein darauf, daß einige der Stämme in diesem Gebiet, bevor es englisches Protektorat wurde, zeitweise in einem Vasallenverhältnis zum Imam standen. Eine Grenze zwischen den Gebieten, die im Süden die Kolonie Aden und 11 Emirate und Scheichtümer unter englischem Schutz umfaßten, und dem Jemen wurde erst 1934 gezogen. Damals wurde im sogenannten Vertrag von Sanaa vereinbart, daß der Status quo beiderseits der Grenzen nicht verändert werde. Nach der Interpretation des Imams bezog sich der Status quo auch auf die religiösen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den Emiraten. Mit der Begründung des Vertragsbruches hat der Imam den Vertrag einseitig gekündigt und seinen

Anspruch auf Südarabien wieder geltend gemacht, als die Engländer darangingen, die einzelnen Emirate in eine Föderation zusammenzuschließen. Der Imam wurde hierin besonders von Ägypten unterstützt, welches an einer Räumung der britischen Basen in Aden (die den Zugang zum Roten Meer kontrollieren) ein besonderes Interesse hat. Es kam in der Folge immer wieder zu Kämpfen in jenen Gebieten, die aber ohne militärische Bedeutung blieben.

Kritisch wurde die Situation in Südarabien, als es den Engländern gelang, die Emirate zu einer „Südarabischen Föderation“ unter englischem Schutz zu vereinigen. Damit wurde sowohl für Ägypten, das an der Beherrschung dieses Gebietes ein Interesse hat, als auch für den Jemen die Situation erschwert, da sich nun deren Ansprüche gegen einen selbständigen arabischen Staat richten. Zugleich aber wuchs auch der Widerstand in Aden selbst, welches der Föderation einverleibt werden soll. In Aden geht der Widerstand von den Gewerkschaften aus, die neuerdings eine Vereinigung mit der Republik Jemen fordern.

Auch die Republik Jemen hat den Anspruch auf Südarabien geltend gemacht und dabei die volle Unterstützung Ägyptens gefunden. Nasser hat bei seinem letzten Besuch im Jemen eindeutig erklärt, daß Ägypten mit allen Mitteln die Vertreibung der Engländer aus Aden betreiben werde. Seit dem März dieses Jahres kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen jemenitischen Infiltranten, südarabischen Irredentisten und südarabischen und englischen Truppen. Die Übergriffe führten in der Folge auch zu Vergeltungsmaßnahmen der englischen Luftwaffe.

Die ägyptische Armee ist nicht unmittelbar an diesen Vorgängen beteiligt, denn sie ist mit der Bekämpfung der Royalisten hinreichend engagiert. Sicherlich sind aber diese Vorgänge auf eine ägyptische Initiative zurückzuführen, da die republikanische Regierung nicht die Mittel besitzt, nun auch noch im Süden einen Krieg zu führen. Die jemenitischen Irregulären und die Irredentisten in den Emiraten sind mit modernen Waffen ausgerüstet, die aus ägyptischen Quellen stammen.

Welche Ziele mit diesem Kleinkrieg an der Südgrenze verfolgt werden, ist allerdings nicht zu erkennen. Vielleicht soll so nur das Aden-Problem aktuell bleiben, vielleicht soll auch den beiden Parteien im Bürgerkrieg als „höheres Ziel“ der Krieg gegen England in Aden vor Augen gehalten werden. Vielleicht soll aber auch nur die Gegenwart ägyptischer Truppen im Jemen, für die sich in Ägypten kaum jemand begeistert, durch einen Krieg gegen die Kolonialisten begründet werden. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Jemen versprechen derartige Ablenkungsmanöver allerdings wenig Erfolg.

Das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil

Chronik der Dritten Sitzungsperiode (7. 10. — 30. 10. 1964)

In der Sechsendneunzigsten Generalkongregation (7. 10.) wurden die Abstimmungen über das Ökumenismusschema fortgesetzt. Am gleichen Tag begann die Debatte des Schemas „Vom Apostolat der Laien“.

Zunächst wurden zwei Berichterstattungen über die beiden Teile des dritten Kapitels des Ökumenismusschemas verlesen. Die Berichterstattung zum ersten Teil (getrennte

Kirchen des Ostens) verlas Maxim Hermaniuk, Ukrainischer Erzbischof von Winnipeg (Kanada): Man sollte sich bewußt sein, daß man sich nach der Trennung von Osten und Westen vielfach nur in der Formulierung ein und derselben Wahrheit unterscheidet. Heute stehe fest, daß bei der Exkommunikation von Patriarch Caerularius 1054 keine Glaubenswahrheit wirklich in Zweifel stand.